

Türkische Filmemacher rächen Israels Angriff mit anti-israelischem Film

Kritik an „türkischem Bond“

Von Linda Say

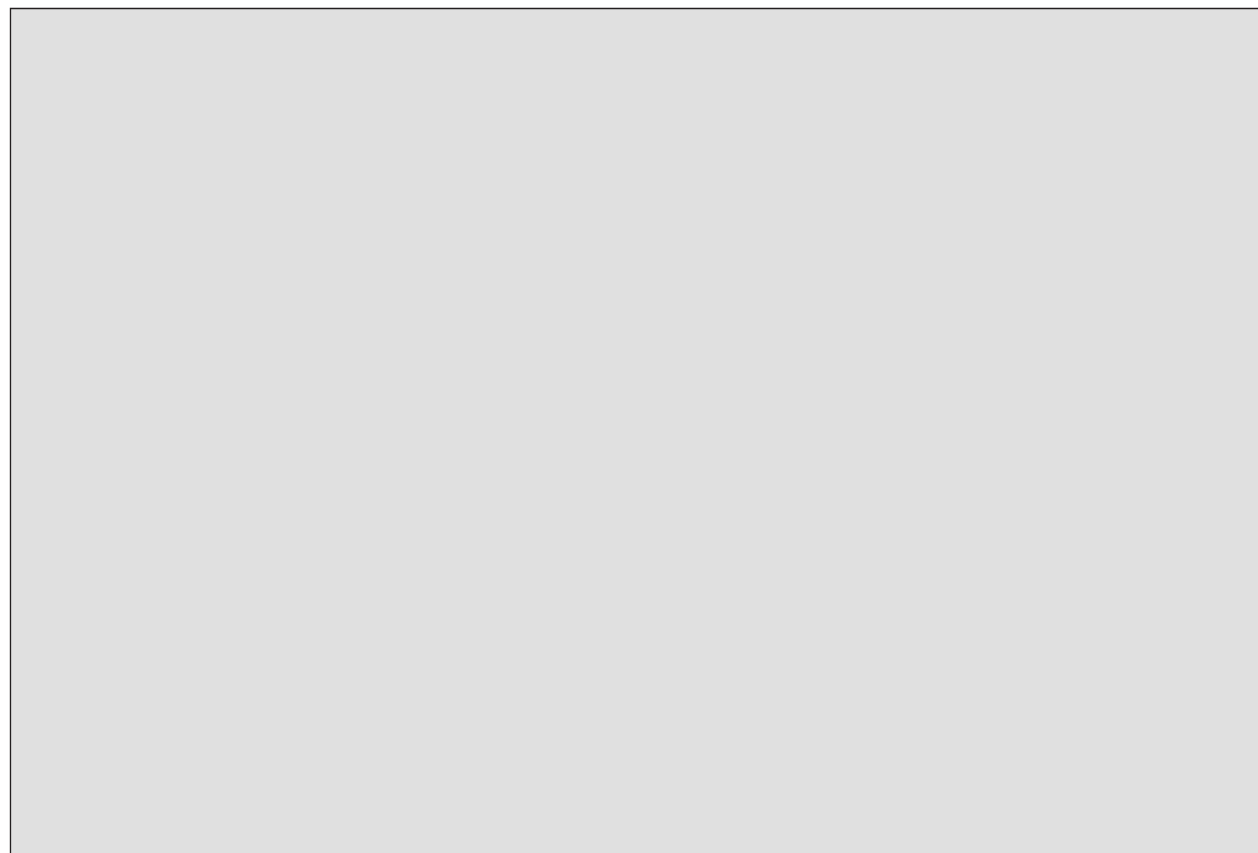
■ „Tal der Wölfe“ mit antisemitischen Tönen.

■ In Deutschland nach Streit ab 18, in Österreich Start ohne Probleme.

Wien. Er ist zurück. Der türkischen James Bond, Polat Alemdar aus der Serie „Kurtlar Vadisi“ (Tal der Wölfe), ist seit Donnerstag wieder in Österreichs Kinoleinwänden zu bestaunen. Nach dem Kinofilm „Kurtlar Vadisi Irak“ kämpft Alemdar erneut für Recht und Ordnung. Diesmal in „Kurtlar Vadisi Filistin“, in Palästina. „Ich weiß nicht, welcher Teil dieses Landes euch versprochen wurde, aber ich verspreche euch das Land unter der Erde.“ Mit diesen Worten lässt sich erahnen, welche Message der „Held“ mit der ewig gerunzelten Stirn im Film von Regisseur Zübeyr Sasmaz im Kopf hat.

Schon im Vorspann wird klar, worum es geht. Die Besatzung einer Hilfsflotte, die Lebensmittel nach Palästina liefern soll, wird von einem Dutzend Soldaten niedergemetzelt. In der nächsten Szene warnt ein weißbärtiger Mann vor der drohenden Überpopulation der Araber, die sich nur mit der Errichtung Groß-Israels verhindern lässt. Doch der Masterplan wird von türkischer Seite verhindert, denn da, wo Unrecht geschieht, ist Polat Alemdar vor Ort: „Für das Haar eines Unschuldigen opfern wir die ganze Welt.“ Es folgen Gewaltszenen, Handgemenge und jede Menge Schüsse.

Dass der Film ausgerechnet am internationalen Holocaust-Gedenktag in den Kinos startet, sorgt für starke Kritik. Nationalratsabgeordneter Karl Öllinger von den Grünen forderte gar die Kinos dazu auf, auf die Ausstrahlung zu verzichten und es Deutschland gleichzutun. Dort wurde der Kinostart nämlich vorerst abgesagt, nachdem die Frei-



Maschinengewehr-Orgie mit politischer Dimension: „Tal der Wölfe“ sorgt für Unmut. Foto: corbis

willige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) den Film nicht freigegeben hatte. Neuesten Meldungen zufolge wurde jedoch vonseiten der FSK lediglich das Mindestalter von 16 auf 18 angehoben. Eine Sprecherin der Kölner Verleihfirma Pera Film, welche laut eigenen Angaben als Einzige die Kinos in Deutschland mit dem umstrittenen Film versorgt, berichtet von einer „regen Nachfrage“. Auch in Österreich scheint dies ganz gut zu funktionieren. Neben dem UCI-Kino im Wiener Millennium Tower erscheint der Streifen, dem Antisemitismus und Gewaltverherrlichung vorgeworfen werden, zudem im in Bregenz, Lustenau, Graz und Salzburg. „Wir haben keine Probleme in Österreich, die Kinos werden den Film daher einsetzen“, ließ Pera Film verlautbaren.

Öllinger kritisiert indessen die österreichischen Kinos, die bloß an ihr Kapital denken würden,

und ruft zu einer „gemeinsamen Absage an Hass, Gewalt und Antisemitismus“ auf, „damit derartige Hetzproduktionen keine Chance haben, ihren Hass zum akzeptierten Mainstream zu machen“.

„Gegen Propaganda“

Damit ist der Abgeordnete der Grünen nicht allein. Auch der evangelisch-lutherische Bischof Michael Bünker äußerte gegenüber dem evangelischen Pressedienst seine Bedenken, da der Film das alte Vorurteil der jüdischen Weltverschwörung schüren und die Existenz des Staates Israel in Frage stellen würde. Diese Bedenken scheinen nicht unbeachtet, da Alemdar im Film auf die Frage, warum er denn nach Israel gekommen sei, mit einem abfälligen Lächeln antwortet: „Ich bin nicht nach Israel gekommen, sondern nach Palästina.“

Ähnliche Kritik kam auch seitens des Koordinierungsausschus-

ses für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Ausschusspräsident Helmut Nausner lehnt den Film strikt ab: „Die Freiheit der Kunst und Fiktion haben dort ihre Grenze, wo rassistische, antisemitische Stereotypen präsentiert werden und alte Vorurteile neue Nahrung erhalten.“ Zudem würde laut Nausner „Kurtlar Vadisi Filistin“ die Friedensbemühungen im Nahen Osten blockieren und das Klima in Europa vergiften.

Kritik hagelt es auch vonseiten der SPÖ. In einer Aussendung bezeichnete Petra Bayr den Film als „geschichtsverdrehend“ und mit „antisemitischer Propaganda aus dem letzten Jahrhundert“ arbeitend. Der „antisemitischen Hetze“ müsse man eine „Absage erteilen“.

Wie die österreichischen Kinos mit diesen Aufrufen umgehen, bleibt abzuwarten. Sicher ist, dass die Kinokassen klingen werden. Und das nicht nur dank türkischer Zuseher. ■

„New York Times“ kritisiert Assange in einem Buch

■ Harsche Kritik an Wikileaks-Aufdecker.

Washington. Die „New York Times“ hat die Veröffentlichung eines Elektronischen Buchs über das Enthüllungsportal Wikileaks angekündigt. Die Chronik über die Wikileaks-Enthüllungen und ihre Konsequenzen („Open Secrets: Wikileaks, War and American Diplomacy“) werde ab Montag über die wichtigsten Internet-Buchhändler erhältlich sein, teilte die Zeitung am Mittwoch mit. In dem Buch würden zudem 27 weitere vertrauliche Dokumente veröffentlicht.

In seinem Vorwort, das in Auszügen bereits veröffentlicht wurde, beschreibt Chefredakteur Bill Keller die stürmische Beziehung mit Wikileaks-Gründer Julian Assange. Der Australier hätte einem Stieg-Larsson-Thriller entstammen können, schreibt Keller. Die Journalisten, die mit ihm zu tun hatten, hätten Assange niemals als „Partner oder Mitarbeiter“ angesehen, sondern als „Quelle“, die ihre eigenen Ziele verfolgte.

Keller bezeichnete Assange als „schwer zu fassen, manipulierend und unberechenbar“. Seine Beziehung zur „NYT“ sei zunehmend „feindselig“ gewesen, zum Schluss habe er das Blatt sogar von weiteren Veröffentlichungen ausschließen wollen. Reporter, die mit ihm die Dokumente durchgingen, hätten ihn als „schlau, gebildet und technologisch ungemein versiert“ erlebt, aber auch als „arrogant, dünnhäutig, verschwörerisch und seltsam leichtgläubig“. Assange habe niemals Geld verlangt und nie verraten, wer die Dokumente zum Irak- und Afghanistankrieg sowie die diplomatischen Depeschen weitergegeben habe, versicherte Keller.

In einer ersten Reaktion über Twitter, den Internetdienst für Kurzbotschaften, bezeichnete Wikileaks Kellers Ausführungen als „schwarzen Tag für den US-Journalismus“. Mit dem „Geschmiere“ habe die „New York Times“ ohne Rücksicht auf die Fakten einmal mehr nur „sich selbst gedient“. ■

■ Leserbriefe

„Was kosten Menschenrechte?“

Zum Kommentar von Christian Ortner, 22. Jänner:

Ich frage mich, wie die Weltpolitik in diesen unerfreulichen Zustand gelangen konnte. Wer hat Schuld daran, dass „der leicht wohlstandsverwahrloste Westen (...) jahrzehntelang wirtschaftlich über seine Verhältnisse lebte“?

Kann denn überhaupt etwas anderes herauskommen, wenn jeder nur seinen eigenen Vorteil sucht, Mitbewerber gnadenlos verdrängt und mit Adam Smith auf die „unsichtbare Hand“ vertraut? Wenn Finanzimperien immer gigantischere Geldmengen zufließen?

Wenn diese dann noch alles an Ackerflächen aufkaufen, um aus dem dringenden Bedarf an Nahrung Renditen zu erzielen, ist das einfach nur mehr obszön!

DI Ewald Pangratz
1130 Wien

„Ein Umschlag für den Arzt“

Zur Kolumne von Martyna Czarnowska, 21. Jänner:

Als Rumänien ein Königreich war, „durfte“ man bei der Polizei, beim Zoll, im Bildungswesen, im Gesundheitsbereich und in der Verwaltungsbürokratie seinem Begehren durch die Verabreichung einer „Handsalbe“ aus Silbermünzen nachhelfen. Die „Tarife“ waren bekannt, die Staatsbediensteten waren auf diese Zusatzeinkommen angewiesen.

Forderte ein Beamter überzogene Tarife, beklagte man sich sofort bei seinem Vorgesetzten und der Fürwitzige wurde gemaßregelt oder versetzt. Unter Carol II. hatte alles seine königliche Korruptionsordnung.

Ähnlichkeiten mit herrschenden österreichischen Verhältnissen sind natürlich rein zufällig.

DI Heinrich Warmuth
per E-Mail

„Wann ist ein Kind ein Schadensfall?“

Zum Artikel von Brigitte Pechar, 14. Jänner:

Die Diskussion um die Haftung der Ärzte für Fehldiagnosen bei pränatalen Untersuchungen verdeckt die wahre Streitfrage dahinter: die um die Tötung gezeugten, aber noch nicht geborenen menschlichen Lebens. In Wahrheit geht es um Leben und Tod der Hilfloseten. Kann diesen das Lebensrecht abgesprochen werden, weil sie behindert sind?

Wer sich für die Abtreibung eines gezeugten Kindes aufgrund einer zu diesem Zweck durchgeführten Pränataldiagnose entscheidet, dem ist die eigene Bequemlichkeit wichtiger als das Lebensglück seines Kindes. In was für einer barbarischen „Kultur“ müssen wir heute wieder leben!

Mag. Helge Schöner
2680 Semmering

Nach der Wehrpflicht fällt die Schulpflicht

Man könnte sich bald als letzter Mohikaner vorkommen in Österreich, wo neben einem dramatischen Geburtenrückgang noch mit der Einführung der Gesamtschule das Wissen, die Bildung und der Reichtum des Abendlandes zu Grabe getragen werden sollen und bald keiner mehr lateinische Inschriften wird lesen können. Oder das Sprichwort, passend zur aktuellen Debatte um das Bundesheer: „Si vis pacem, para bellum“.

Und wenn wir schon beim Abschaffen unserer kulturellen Identität sind, dann schaffen wir auch gleich die identitätsstiftende Wehrpflicht ab. Warten wir noch ein paar Jahre. Vielleicht versucht dann die SPÖ noch eine weitere Pflicht abzuschaffen: die Schulpflicht.

Helwig Leibinger
1020 Wien

Zivilgesellschaft abseits der traditionellen Politik

In zwei beachtenswerten Leitartikeln („Fatale Gleichgültigkeit“, 10. Jänner, und „Souverän verzweifelt gesucht“, 31. Dezember) hat sich Walter Hämmerle mit Fragen der Bürgerbeteiligung auseinandergesetzt. Lediglich in einem Punkt muss widersprochen werden: Die Bürger sind durchaus nicht beteiligungsmüde. Sie sind bloß vorsichtig. Kein Wunder angesichts der auch in Österreich grassierenden „Orbanisierung“ der Medienlandschaft.

Man sehe sich dagegen die vielen Bürgerinitiativen an, in denen Angehörige aller sozialen Schichten, politischen Ausrichtungen und Altersgruppen gegen eine hilflose Politik, die Aushöhlung des Rechtsstaates und den Verfall von Moral und Anstand protestieren.

Helmut Hofmann
1030 Wien

„Krokodil-Nachwuchs in Schönbrunn“

Zur Meldung der „Wiener Zeitung“, 22. Jänner:

Die Jubelmeldung über den Krokodilnachwuchs im Tiergarten Schönbrunn ist völlig unangebracht. Es ist eine alte Masche von Zoos, mit Tierbabys (wie dem Elefanten Tuluba) Besucher anzulocken. Egal um welche Wildtiere es sich handelt, sie haben in Zoos nichts verloren! Exoten können in Tiergärten ohnehin nicht artgerecht gehalten werden.

Peter Gamsjäger
Österr. Tierschutzverein

Leserbriefe werden nur dann abgedruckt, wenn sie mit vollständiger, nachvollziehbarer Adresse versehen sind. Wir können auch nur Leserbriefe berücksichtigen, bei denen Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.